

Die Gründerinnen

Ein Medizinstudium war 1954 für **Christa Kleimann** unmöglich. Also entschloss sie sich, bei einem Arzt als Sprechstundenhilfe zu arbeiten. Eine bundesweit einheitliche Lehre gab es dafür noch nicht und die Tätigkeit war eher mit Familienanschluss verbunden. Ihr Chef sah das anders und bildete sie als echte „Assistentin“ aus.

Ebenso waren Tarifverträge noch Wunschenken. Elf Kolleginnen, die sich am 10. Januar 1963 versammelten und beim Amtsgericht in Braunschweig den Berufsverband der Arzthelferinnen (BdA) eintragen ließen, wollten das ändern.

In der ersten Hauptversammlung am darauffolgenden Wochenende in Braunschweig wurde der Beschluss gefasst, beim Bundesarbeitsministerium das Berufsbild ArzthelferIn anzumelden und mit den Ärzten tarifliche Regelungen zu vereinbaren. Außerdem sollte den Mitgliedern bei Fragen und Problemen Hilfe und Beratung angeboten werden.

Von 1965 bis 1980 stand **Maria Brunner** aus Kempen an der Spitze des BdA. Sie berichtete 2003 in einem Interview, dass ihr damaliger Chef sie im Juli 1964 auf eine Versammlung hingewiesen hatte, wo sich Kolleginnen für Sprechstundenhilfen einsetzen wollten. Auf sein Drängen hin besuchte sie diese, wurde Mitglied und ein halbes Jahr später als Bundvorsitzende gewählt. „Die erste Hauptversammlung unter meiner Leitung fand am 1. und 2. Oktober 1966 im Kurhaus Bad Homburg statt. Eine neue Satzung wurde verabschiedet und der Bundesvorstand neu gewählt. Auf der Hauptversammlung 1967 in Köln konnte ich schon über eine gute Zusammenarbeit mit den ärztlichen Berufsverbänden berichten. Ich war bei mehreren Landesärztekammern empfangen worden und konnte den Präsidenten der Kammern unser Ziel vortragen, dass der Beruf Arzthelferin ein anerkannter Ausbildungsberuf werden soll.“

Was bisher geschah ...

1963

Der Berufsverband der Arzthelferinnen (BdA) wird in Braunschweig gegründet. Der Beruf der „Sprechstundenhilfe“ ist noch unreguliert.

1965

Eines der ersten Ziele wird erreicht: Das Bundesministerium für Sozialordnung, Bonn, erkennt eine **geregelte zweijährige Ausbildung mit der Berufsbezeichnung Arzthelferin¹** an.

1967

Sitzverlegung von Braunschweig nach Kempen. Ärztekammern werden aufgefordert, Arzthelferinnen mit langjähriger Berufserfahrung den Kolleginnen gleichzustellen, die den Beruf als Lehrberuf erlernt haben.

1968

Die **Tarifkommission** des BdA nimmt ihre Arbeit auf, der Ausschuss für Aus- und Fortbildung wird ins Leben gerufen. Der BdA fordert eine dreijährige Ausbildung für Arzthelferinnen.

1969

Erste Tarifverträge für Arzthelferinnen. Der BdA kooperiert in der Tarifkommission und Rechtsberatung mit dem VWA (Verband weiblicher Arbeitnehmer).

1971

Herausgabe der Zeitschrift „Praxis & Helferin“ im Ärzteverlag.

1972

Loslösung vom VWA.

1973

Die **verbandseigene Rechtsabteilung** nimmt ihre Arbeit auf. Viele Anfragen betreffen tarifliche Mindestbedingungen und schriftliche Arbeitsverträge. Zu den häufigsten Streitfragen zählt die Vergütung von Überstunden.

1978

1. Internationales Treffen der Arzthelferinnen in Bad Nauheim.

1980

BHV in Bad Nauheim: Der Verband vertritt nun auch die Interessen der **Zahn- und Tierarzthelferinnen**. Der multiprofessionelle Ansatz ermöglicht es den Berufsangehörigen, von diesem Blick über den Tellerrand zu profitieren. Der BdA fordert für die Tierarzthelferinnen eine eigene dreijährige Berufsausbildung.

1981

Umzug der Geschäftsstelle nach Dortmund. 1. Bundeskongress in Bad Nauheim mit dem Themenschwerpunkt „Krebs“.

1982

Der erste **Tarifvertrag, der für Zahnarzthelferinnen** zwischen der Arbeitsgemeinschaft zur Regelung der Arbeitsbedingungen des Hilfspersonals der Zahnärzte und dem BdA abgeschlossen wurde, tritt in Kraft. Bis 1989 wurde für das Bundesgebiet einschl. Berlin (West) verhandelt. Ab 1991 kommen die Tarifpartner hauptsächlich aus Berlin, Hamburg, Hessen und Westfalen-Lippe. Berlin tritt 2009 aus der AAZ aus.

1984

„arzthelferin aktuell“ wird als offizielles Organ des Berufsverbandes der Arzthelferinnen e. V. in den Bereichen Human-, Zahn- und Veterinärmedizin in einem neuen Verlag herausgegeben.

¹ Da sich der Prozentsatz der männlichen Berufsvertreter erst langsam erhöht, war es bis weit in die 90er-Jahre hinein im Verband üblich, für die Berufsangehörigen ausschließlich die weibliche Form zu verwenden.

1985

Für Arzt- und für Tierärzthelferinnen werden neue dreijährige Ausbildungsordnungen entwickelt (ab August 1986 in Kraft).

1986

10. Bundeshauptversammlung: Der Verband ändert seinen Namen in **Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen e. V.**

Für Zahnärzthelferinnen fordert der BdA eine bundeseinheitliche dreijährige Berufsausbildung.

1987

Der erste **Tarifvertrag für Tierärzthelferinnen** wird mit dem Bundesverband Praktizierender Tierärzte e. V. abgeschlossen.

1989

Die neue Ausbildungsordnung zur Zahnärzthelferin tritt in Kraft. Die Ausbildungsdauer wird bundeseinheitlich auf drei Jahre festgeschrieben.

1990

Für Arzthelferinnen wird eine tarifliche Arbeitszeitverkürzung auf 39, ab 1991 auf 38,5 Wochenstunden erzielt.

Der BdA weitet seine Verbandsarbeit auf die **neuen Bundesländer** aus. In den ersten ostdeutschen Landesverbänden finden zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen statt.

In der ehemaligen DDR gab es die Berufsbilder Stomatologische Schwester und Sprechstundenschwester mit einer dreijährigen medizinischen Fachschulausbildung. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurden beide Berufe in die westdeutsche Ausbildung überführt.

1992

Die Delegierten der BHV beschließen die Hauptamtlichkeit auf Landesebene.

1993

Umbenennung des Verbandsmagazins in „praxis nah“ (später „praxisnah“). Bundesgesundheitsminister Seehofer führt gesetzliche Budgets und die Chipkarte ein.

1994

Der BdA fordert eigene Abrechnungspositionen für Arzt- und Zahnärzthelferinnen.

1996

Der BdA setzt sich für eine Novellierung der Ausbildungsordnung für Arzthelferinnen ein. Auf seine Initiative hin verständigen sich die Sozialpartner bei den Zahnärzthelferinnen auf die Eckdaten für das Neuordnungsverfahren.

1997

Bei Aktionswochen informieren BdA-Mitglieder in vielen Regionen Passanten über die Kompetenzen ihrer Berufe und die Gefahren für die Behandlungsqualität, die durch Entlassungen drohen.

1998

Der BdA stellt die Forderung nach einer Neuordnung der Berufsausbildung zur Tierärzthelferin auf.

November: 1. BdA-Protestmeile: „Ohne uns läuft nichts!“

1999

Das **BILDUNGSWERK** für Gesundheitsberufe (BIG) e. V. wird als wichtigster Kooperationspartner im Bereich Fort- und Weiterbildung gegründet.

Der BdA wirkt im zentralen und in regionalen Bündnissen für Gesundheit 2000 mit.

2000

Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz treten Änderungen im SGB V in Kraft, u. a. die Begrenzung der Gesamtvergütung.

Die BHV-Mitglieder fordern die Bundesregierung auf, mehr Geld für die Arbeit des Praxispersonals zur Verfügung zu stellen.

2001

Die unter maßgeblicher Beteiligung des BdA novellierte Ausbildungsordnung tritt mit der neuen Berufsbezeichnung **Zahnmedizinische*r Fachangestellte*r** (ZFA) in Kraft.

Eine BdA-Umfrage zeigt: 85 Prozent der Praxismitarbeiter*innen in den neuen Bundesländern verdienen unter Tarif, in den alten Bundesländern sind es rund 30 Prozent.



1986 – Bundeshauptversammlung



1997 – Aktionswochen



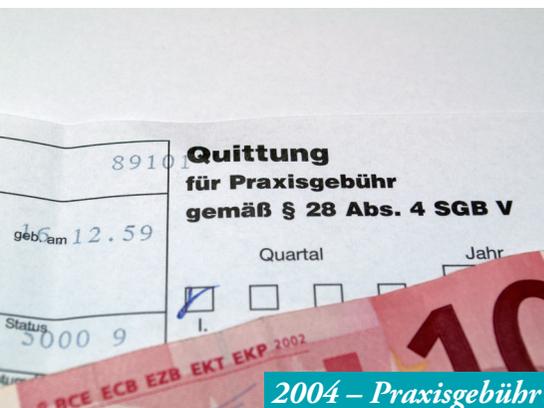
1997 – Aktionswochen



1998 – Protestmeile in Dortmund



2003 – Diskussionsrunde



2004 – Praxisgebühr



Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Im neuen Logo entwickelt sich das Quadrat zum Punkt, den der Verband mit seinem neuen Namen setzen will.



EPD 2010

2002

Die BHV-Mitglieder beschließen die Trennung von Management und berufspolitischer Führung.

Der erste Tarifvertrag zur betrieblichen Altersversorgung und Entgeltumwandlung wird abgeschlossen.

2003

Der BdA wird Sieger beim 2. Mitgliederfokus (höchste globale Mitgliederzufriedenheit).

Zum 40. Jahrestag der Verbandsgründung findet am 8. März in Dortmund eine interdisziplinär besetzte frauenpolitische Diskussionsrunde statt.

2004

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz bringt für Praxismitarbeiter*innen weitere Mehrbelastungen, so die Einführung der Praxisgebühr (bis Ende 2012).

Die BHV beschließt eine **Gebietsreform**.

2005

Die Arbeitslosigkeit bei den Berufsangehörigen erreicht ihren Höhepunkt. Im Sommer sind mehr als 50.000 betroffen.

Ende 2005 sind durch Fusionen neun Landesverbände entstanden.

2006

Mit den neuen Ausbildungsordnungen, die zum 01.08.2006 in Kraft treten, ändern sich die Berufsbezeichnungen in **Medizinische und Tiermedizinische Fachangestellte** (MFA bzw. TFA). Der BdA macht bei bundesweiten Protestaktionen auf die dramatische Situation der Praxismitarbeiter*innen aufmerksam. Die BHV beschließt die **Umbenennung in „Verband medizinischer Fachberufe e.V.“** (Verbandsregistereintrag am 06.06.2006).

2007

Für ZFA in Hamburg, Hessen, Westfalen-Lippe und Berlin wird zusätzlich zu einer

Gehaltserhöhung ein arbeitgeberfinanzierter Zuschuss zur Altersvorsorge vereinbart. Der Tarifabschluss für MFA sieht die Angleichung der Ost- an die Westgehälter und einen Arbeitgeberzuschuss zur Altersvorsorge vor.

2008

Der Verband beteiligt sich am ersten Equal Pay Day in Deutschland, um auf die schlechte Bezahlung in frauendominierten Berufen aufmerksam zu machen.

Die BHV verabschiedet **Berufsordnungen** für alle drei Berufe und beschließt die Fusionierung zu vier Landesverbänden. Für TFA sind mit dem Wegfall des Gebührenabschlages Ost die Tarifgehälter bundesweit einheitlich.

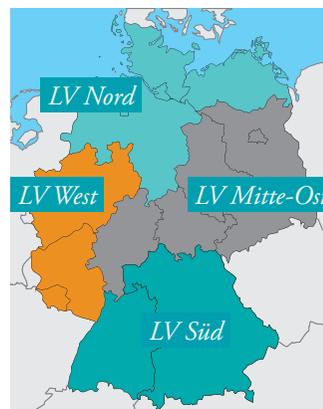
2009

Im ersten Halbjahr werden vier Azubi-Tage mit insgesamt rund 700 Teilnehmer*innen organisiert.

Für alle drei Berufe gelingt es, erfolgreiche Tarifabschlüsse zu vereinbaren.

In den Tarifvertrag für TFA wird die Anerkennung von Fortbildungsstunden neu aufgenommen und die betriebliche Altersvorsorge mit Arbeitgeberzuschüssen eingeführt.

Im Herbst entstehen die **vier neuen Landesverbände** Nord, Süd, Ost (später Mitte-Ost) und West.



Im Herbst entstehen die **vier neuen Landesverbände** Nord, Süd, Ost (später Mitte-Ost) und West.

2010

Die BHV beschließt, die Anerkennung der Berufsordnungen in die Satzung aufzunehmen. Der Verband öffnet sich für **angestellte Zahntechniker*innen**.

2011

Das Saarland tritt der Arbeitgebervertretung für ZFA bei.

2012

Auf der BHV werden Standards und ein **verbandseigenes Gütesiegel** für Fortbil-

dungen, der Umzug der Geschäftsstelle nach Bochum und die Berufsordnung für Zahntechniker*innen beschlossen.

2013

Der Verband feiert den 50. Geburtstag im Rahmen des 26. Bundeskongresses in Dortmund.

Im Juli zieht die Geschäftsstelle an den Gesundheitscampus-Süd nach Bochum. Der Gehaltstarifvertrag für MFA wird neu strukturiert (sechs Tätigkeitsgruppen).

2014

Die ersten Fortbildungen tragen das Gütesiegel des Verbandes.

Ein neuer Tarifvertrag für TFA erweitert die Möglichkeiten, in die Tätigkeitsgruppe III aufzusteigen.

2015

Seit 01.01. gilt in Deutschland der Mindeststundenlohn (8,50 Euro brutto). Die Tarifgehälter liegen über diesem Wert. Der Verband engagiert sich in Gremien zur Verbesserung der Arbeitssicherheit.

2016

Die BHV entscheidet sich für ein zweiköpfiges Präsidium. Das Referat Zahntechnik erhält eine hauptamtliche Leitung, Tarifkommissionen werden installiert und die Kampagne „Tarife für ALLE“ für bundesweite Tarife für ZFA und Zahntechniker*innen ins Leben gerufen. Bei MFA, ZFA und Zahntechniker*innen verstärkt sich der Fachkräftemangel.

2017

Die Tarifverhandlungen für MFA gestalten sich im Vergleich zu denen für TFA und ZFA sehr schwierig, können letztlich aber erfolgreich abgeschlossen werden.

2018

Zum 55. Verbandsjubiläum findet im Januar in Bochum eine Podiumsdiskussion über Qualität, Sicherheit und Fehlerkultur im ambulanten Gesundheitswesen statt. Ein Thema der BHV im Mai ist die Verbesserung der **Ausbildungsqualität**. Der Verband arbeitet an interprofessionellen Pro-

jekten zur Verbesserung der Betreuung von Schwerstkranken und zur interkulturellen Kommunikation mit.

2019

In den Landesverbänden werden Ausbilder-Tage für ausbildende Fachkräfte etabliert. Eine Studie der Universität Düsseldorf, die in Kooperation mit dem Verband erarbeitet wurde, bestätigt den hohen Stressfaktor bei MFA. Eine eigene Umfrage unter Zahntechniker*innen macht auch in diesem Beruf starke Belastungen sichtbar. Die im September durchgeführte Online-Befragung unter ZFA zeigt eine große Unzufriedenheit im Berufsalltag.

2020/21

Die Corona-Pandemie beherrscht seit März 2020 die Welt. Die Beschäftigten im ambulanten Gesundheitswesen bekommen die Belastungen unmittelbar zu spüren. Im Gegensatz zum stationären Sektor findet ihre Arbeit aber kaum Aufmerksamkeit. Der Verband medizinischer Fachberufe forciert seine Öffentlichkeitsarbeit und setzt sich für mehr Wertschätzung aller von ihm vertretenen systemrelevanten Berufe ein. Die Aktionen „MFA am Limit“ und „ZFA im Nebel“ werden gestartet. Die BHV 2020 beschließt die Einführung eines Qualitätsmanagements im Verband. Ende 2020 einigen sich die Tarifpartner für MFA auf eine Gesamtsteigerung des Gehaltes von zwölf Prozent in mehreren Stufen.

2022/23

Die Auswirkungen der Pandemie und des Ukrainekrieges auf die gesamte Volkswirtschaft führen auch zu Sparmaßnahmen im ambulanten Gesundheitswesen. **Der Verband setzt seine Protestaktionen für mehr Wertschätzung fort.**

Die Ausbildungsordnungen für ZFA und Zahntechniker*innen werden unter aktiver Mitwirkung des Verbandes novelliert und treten zum 1. August 2022 in Kraft.

Bei vorgezogenen Tarifverhandlungen für TFA wird eine Steigerung von 19 Prozent über 24 Monate erzielt.

Niedersachsen erklärt, Mitglied der AAZ zu werden.



2013 – Bundeskongress



2018 – Podiumsdiskussion



2020 – Protest vor dem BMG



2022 – Protest in Berlin